

289535-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Reparatur- und Wartungsdienste – regionaler Wartungsvertrag Afrika

OJ S 82/2026 28/04/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten

E-Mail: eu-vergabe@bfaa.bund.de

Rechtsform des Erwerbers: Zentrale Regierungsbehörde

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: regionaler Wartungsvertrag Afrika

Beschreibung: Wartung von Sicherheitselementen für eine Dauer von 4 Jahren an den Botschaften in Abidjan, Conakry, Freetown, Monrovia

Kennung des Verfahrens: f8aac9c1-6228-4c15-8a77-22d511de5df2

Interne Kennung: VV-2026-0014

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 50000000 Reparatur- und Wartungsdienste

2.1.2. Erfüllungsort

Beliebiger Ort

Zusätzliche Informationen: Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Côte d'Ivoire Abidjan, 39, Blvd. Hassan II, Cocody Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Guinea Conakry, Rue KA 005 Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Sierra Leone Freetown, 3, Middle Hill Station Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Liberia Monrovia, Tubman Boulevard

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Siehe Dokument "Hinweise zur Durchführung des Verfahrens"

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Neben diesem hier benannten Ausschlussgrund gelten zusätzlich die in den Eignungskriterien genannten Mindestanforderungen und Ausschlussgründe. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB (Anlage 02)

Korruption: Neben diesem hier benannten Ausschlussgrund gelten zusätzlich die in den Eignungskriterien genannten Mindestanforderungen und Ausschlussgründe. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB (Anlage 02)

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Neben diesem hier benannten Ausschlussgrund gelten zusätzlich die in den Eignungskriterien genannten Mindestanforderungen und Ausschlussgründe. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB (Anlage 02)

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Neben diesem hier benannten Ausschlussgrund gelten zusätzlich die in den Eignungskriterien genannten Mindestanforderungen und Ausschlussgründe. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB (Anlage 02)

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Neben diesem hier benannten Ausschlussgrund gelten zusätzlich die in den Eignungskriterien genannten Mindestanforderungen und Ausschlussgründe. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB (Anlage 02)

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Neben diesem hier benannten Ausschlussgrund gelten zusätzlich die in den Eignungskriterien genannten Mindestanforderungen und Ausschlussgründe. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB (Anlage 02)

Betrug: Neben diesem hier benannten Ausschlussgrund gelten zusätzlich die in den Eignungskriterien genannten Mindestanforderungen und Ausschlussgründe. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB (Anlage 02)

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Neben diesem hier benannten Ausschlussgrund gelten zusätzlich die in den Eignungskriterien genannten Mindestanforderungen und Ausschlussgründe. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB (Anlage 02)

Zahlungsunfähigkeit: Neben diesem hier benannten Ausschlussgrund gelten zusätzlich die in den Eignungskriterien genannten Mindestanforderungen und Ausschlussgründe. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB (Anlage 02)

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Neben diesem hier benannten Ausschlussgrund gelten zusätzlich die in den Eignungskriterien genannten Mindestanforderungen und Ausschlussgründe. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB (Anlage 02)

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Neben diesem hier benannten Ausschlussgrund gelten zusätzlich die in den Eignungskriterien genannten Mindestanforderungen und Ausschlussgründe. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB (Anlage 02)

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: Neben diesem hier benannten Ausschlussgrund gelten zusätzlich die in den Eignungskriterien genannten Mindestanforderungen und Ausschlussgründe. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB (Anlage 02)

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Neben diesem hier benannten Ausschlussgrund gelten zusätzlich die in den Eignungskriterien genannten Mindestanforderungen und Ausschlussgründe. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB (Anlage 02)

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Neben diesem hier benannten Ausschlussgrund gelten zusätzlich die in den Eignungskriterien genannten Mindestanforderungen und Ausschlussgründe. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB (Anlage 02)

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Neben diesem hier benannten Ausschlussgrund gelten zusätzlich die in den Eignungskriterien genannten Mindestanforderungen und Ausschlussgründe. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB (Anlage 02)

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Neben diesem hier benannten Ausschlussgrund gelten zusätzlich die in den Eignungskriterien genannten Mindestanforderungen und Ausschlussgründe. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB (Anlage 02)

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Neben diesem hier benannten Ausschlussgrund gelten zusätzlich die in den Eignungskriterien genannten Mindestanforderungen und Ausschlussgründe. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB (Anlage 02)

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: Neben diesem hier benannten Ausschlussgrund gelten zusätzlich die in den Eignungskriterien genannten Mindestanforderungen und Ausschlussgründe. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB (Anlage 02)

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Neben diesem hier benannten Ausschlussgrund gelten zusätzlich die in den Eignungskriterien genannten Mindestanforderungen und Ausschlussgründe. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB (Anlage 02)

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Neben diesem hier benannten Ausschlussgrund gelten zusätzlich die in den Eignungskriterien genannten Mindestanforderungen und Ausschlussgründe. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB (Anlage 02)

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Neben diesem hier benannten Ausschlussgrund gelten zusätzlich die in den Eignungskriterien genannten Mindestanforderungen und Ausschlussgründe. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB (Anlage 02)

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen: Neben diesem hier benannten Ausschlussgrund gelten zusätzlich die in den Eignungskriterien genannten Mindestanforderungen und Ausschlussgründe. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB (Anlage 02)

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: regionaler Wartungsvertrag Afrika

Beschreibung: Wartungs- und Instandsetzungsvertrag von Sicherheitselementen mit einer Laufzeit von 4 Jahren.

Interne Kennung: LOT-0000

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 50000000 Reparatur- und Wartungsdienste

5.1.2. Erfüllungsort

Beliebiger Ort

Zusätzliche Informationen: Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Côte d'Ivoire Abidjan, 39, Blvd. Hassan II, Cocody Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Guinea Conakry, Rue KA 005 Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Sierra Leone Freetown, 3, Middle Hill Station Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Liberia Monrovia, Tubman Boulevard

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/09/2026

Enddatum der Laufzeit: 31/08/2030

5.1.6. Allgemeine Informationen

Es handelt sich um die Vergabe wiederkehrender Aufträge

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Nicht erforderlich

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Verringerung der Auswirkungen auf die Umwelt

Beschreibung: Maßnahmen im Rahmen von Wartung und Pflege dienen grundsätzlich des langfristigen Werterhalt und erhöhen die Lebensdauer der bestehenden Anlagen und sind in diesem Sinne nachhaltiger als eine Neubeschaffung. Darüber hinaus werden durch die Bündelung der Wartungen für mehrere Standorte Flüge gespart und der CO2 Verbrauch reduziert.

Konzept zur Verringerung der Umweltauswirkungen: Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die Leistungsfähigkeit eines Bewerbers/einer Bergewergemeinschaft wird u.a. durch 3 Referenzen über die Errichtung und/oder Wartung von Sicherheitselementen nachgewiesen. Hierbei ist zu beachten, dass eine dieser Referenzen über die Errichtung und/oder Wartung von Sicherheitselementen im nichteuropäischen Ausland erbracht worden sein muss. Diese 3 Referenzen müssen innerhalb der letzten 5 Geschäftsjahre ausgeführt worden sein. Referenzen können ab einem Ausführungszeitraum, beginnend mit dem Jahr 2021 eingereicht werden. Dabei sind u.a. folgende Angaben zu machen: Auftragsvolumen; Ausführungsort; stichwortartige Benennung des erbrachten Leistungsumfangs; Kontaktdaten des Referenzgebers; Anzahl der hierfür durchschnittlich eingesetzten Vollzeitäquivalente; Ausführungszeitraum

Kriterium: Sicherheit bei der Verarbeitung, Speicherung und Übermittlung von klassifizierten Informationen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Unterzeichnete Vertraulichkeitserklärung (Anlage 05)

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Im Falle der Auftragserteilung - Nachweis Betriebshaftpflichtversicherung mit folgenden Deckungssummen von mindestens:

Personenschäden: 3.000.000,00 € Sachschäden: 1.000.000 € sonstige Schäden: 500.000,00 € (Falls keine Betriebshaftpflichtversicherung existiert, verpflichtet sich der Bieter /die Bietergemeinschaft bei Zuschlag zum Abschluss einer Betriebshaftpflichtversicherung mit mindestens den angegebenen Summen).

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit der Abgabe des Teilnahmeantrags wird zugesichert, dass die Mitarbeiter des Bewerbers, die für die Auftragserfüllung vorgesehen sind, sich bereit erklären, an den genannten Standorten eingesetzt zu werden und die Sicherheitselemente im Ausland zu warten.

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der Bieter macht Angaben zum Unternehmen zur Abfrage des Wettbewerbsregisters (Name, Rechtsform, vertretungsberechtigte Personen, Eintragung in einem Handels- /Gewerbe- oder vglb. Register, Registernr. usw.). Die "Erklärung Eignung GWB" (Anlage 02) ist zusammen mit dem Teilnahmeantrag einzureichen.

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Die Wertung erfolgt zu 100% nach Preis gemäß Vertrag.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 100

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.evergabe-online.de/tenderdocuments.html?id=856220>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Zulässig

Adresse für die Einreichung: <https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=856220>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 27/05/2026 10:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Die Nachforderung erfolgt lediglich im Umfang der Regelungen des § 56 VgV.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Die folgenden Unterlagen sind zusammen mit dem Angebot einzureichen (mindestens in Textform gem. §126b BGB): > Eigenerklärung zur Ermittlung von Unternehmen mit Bezug zu Russland (Anlage 04), > Eigenerklärung zur

Vertraulichkeit (Anlage 05), > Generelle Reisebereitschaft (Anlage 01)

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammern des Bundes beim Bundeskartellamt

Informationen über die Überprüfungsfristen: Unternehmen haben einen Anspruch auf Einhaltung der bieter- und bewerberschützenden Bestimmungen über das Vergabeverfahren gegenüber dem öffentlichen Auftraggeber, dem Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten.

Sieht sich ein am Auftrag interessiertes Unternehmen durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften in seinen Rechten verletzt, ist der Verstoß unverzüglich beim Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten zu rügen (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 GWB) Verstöße, die aufgrund der Bekanntmachung oder im Vergabeverfahren zugänglich gemachten Unterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis zu der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung gegenüber dem Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten geltend gemacht werden. Verstöße, die aufgrund der Vergabeunterlagen für die Angebotsphase erkennbar sind, müssen spätestens bis zu der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten geltend gemacht werden. Teilt das Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten dem Unternehmen mit, seiner Rüge nicht abhelfen zu wollen, so kann das Unternehmen nur innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang dieser Rügeerwidern einen Nachprüfungsantrag bei der Vergabekammer stellen (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 bis 4 GWB). Bieter, deren Angebote nicht bezuschlagt werden sollen, werden vor dem Zuschlag gemäß § 134 GWB darüber informiert. Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage (bzw. bei elektronischer Übermittlung 10 Kalendertage) nach Absendung dieser Information durch das Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten geschlossen werden. Diese Frist beginnt am Tag nach Absendung der Information durch das Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten. Die Unwirksamkeit gem. § 135 Abs. 1 GWB kann nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen ab Information der Bewerber und Bieter durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrages, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union (§ 135 Abs. 2 GWB).

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten

8. Organisationen

8.1. ORG-7001

Offizielle Bezeichnung: Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten

Registrierungsnummer: 991-01944-42

Postanschrift: Kirchhofstraße 1-2

Stadt: Brandenburg an der Havel

Postleitzahl: 14776

Land, Gliederung (NUTS): Brandenburg an der Havel, Kreisfreie Stadt (DE401)

Land: Deutschland

E-Mail: eu-vergabe@bfaa.bund.de

Telefon: +49 3018473016327

Internetadresse: <https://bfaa.diplo.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Zentrale Beschaffungsstelle, die öffentliche Aufträge oder Rahmenvereinbarungen im Zusammenhang mit für andere Beschaffer bestimmten Bauleistungen, Lieferungen oder Dienstleistungen vergibt/abschließt

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-7004

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammern des Bundes beim Bundeskartellamt

Registrierungsnummer: t:022894990

Postanschrift: Kaiser-Friedrich-Straße 16

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53123

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de

Telefon: +492289499-0

Fax: +492289499-163

Internetadresse: <https://www.bundeskartellamt.de>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-7005

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 50914548-3587-4d75-aa94-2edc324375a5 - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 27/04/2026 07:42:16 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 289535-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 82/2026
Datum der Veröffentlichung: 28/04/2026